

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für sechs Monate 1.20 M. im Voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 0.20 M. evtl. Zahlungsziel 1.10 M. bei Bestellung unter Nachnahme 0.75 M. (Deutschland und Ost-Europa), für das übrige Ausland 1.10 M. zuzüglich Nachnahmeaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die abgepaltenen Morgenblätter oder deren Kaum, sowie jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut aufgegebenen Anzeigen Tarif berechnet. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 97-98

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kulturschmach.

Die geistige Reaktion.

Das Verbot des Akademischen Senats der Universität Berlin gegen Professor Nicolai hat gerade noch gefehlt, um das Bild zu vervollständigen, das das heutige Deutschland, das Deutschland der wiedererstarbten Reaktion und des wiedererwachenden nationalistischen Geistes bietet. Völlig unerleuchtet der Bannfluch des Akademischen Senats die Situation im politischen und wirtschaftlichen Leben durch die Vertreter der bestehenden Klassen, nach dem Übergang der bewaffneten Kräfte in die Hände der kaiserlichen Offiziere, nach der Mobilisierung breiter Schichten des Bürgertums unter dem Banner Helfferichs, Hindenburgs und Ludendorffs, nach der wohl vorbereiteten Attacke aller reaktionären Kreise gegen die Grundlagen der demokratischen Republik, tritt nun auch der Senat der Universität Berlin als Bannerträger der geistigen Reaktion, als Befürworter der schärfsten Vergewaltigung Andersdenkender, als Beschützer des wüsten Kadapatriotismus und Chauvinismus in den Vordergrund.

Als die nationalistischen Deklarationen deutscher Universitätsprofessoren während der Kriegszeit die Empörung der gesamten Kulturmacht hervorriefen, wurde von verschiedenen Seiten versucht, diese Erklärungen, diese wüsten Heheleien als „Entgegnungen“ darzustellen, die aus der Atmosphäre des Krieges geboren waren. Gar manche von den Professoren der Kriegszeit fanden nach der Revolution auch andere Töne und schienen den Ideen der neuen Zeit zugänglich geworden zu sein. Doch diese Zeit dauerte nicht lange. Heute sind die Universitäten wieder der Sort der Reaktion. Heute dominiert in ihnen wieder „der Geist von 1914“, und die große Mehrzahl der Universitätsprofessoren sieht ihren Beruf nicht darin, an der kulturellen und politischen Erneuerung Deutschlands mitzuarbeiten, sondern in ihren Hörsälen jenen Geist wieder großzuziehen, der von den sozialen und politischen Anforderungen der demokratischen Republik zurückweist in die Gefilde des feudalo-plutokratischen preussischen Königtums.

Offenbarnte sich in den zahlreichen nationalistischen Rundgebungen der Kriegszeit die politische Schande des imperialistischen Kaiserreichs, dessen Professoren nichts weiter waren als hornierte Kolothen des allbeherrschenden Militarismus, so verkündet der Bannfluch der Universität Berlin gegen Professor Nicolai die unlagbare Schande der demokratischen Republik, deren geistige Vorkämpfer es wagen dürfen, die Wissenschaft zur Dürre des Kadapatriotismus herabzukwürdigen und einem Gelehrten von Welt Ruf des Nichts der Rekrutierung zu rauben, weil seine politischen Anschauungen und seine positive Wirksamkeit im Kriege den Empfindungen der deutsch-nationalen Kadapatrioten, die die Mehrzahl der Universitätsprofessoren bilden, widersprechen.

Der akademische Senat begründet sein Schandurteil gegen Professor Nicolai mit dem Hinweis auf seine Dissertation im Juni 1918, vor allem aber mit Hinweisen auf das berühmte Werk Nicolais „Die Biologie des Krieges“, dessen Kritik an der barbarischen deutschen Kriegsführung vom Senat als „landesverräterisches Treiben“ bezeichnet wird. Ebenfalls wird es als Landesverrat bezeichnet, daß Professor Nicolai gewagt hat, unter Hinweis auf das eigene Beispiel Soldaten des Lazarettis vorzuhalten, der einzig würdige Weg sei, Kriegsdienst und Eid offen zu verweigern.

Schäuderlich erklärt der Akademische Senat, er sei gewillt, die Freiheit der Ueberzeugung und die Freiheit der Wissenschaft als teuerste Kleinode hochzuhalten, und seinen Schutz auch der pazifistischen Ueberzeugung und ihren Lehren zuzubilligen. Aber — Herrn Professor Nicolai, der den Pazifismus in der Theorie und Praxis vertritt, jagt der Senat aus der Universität, weil er durch sein Verhalten „die sittlichen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit schwer verletzt“ habe.

Mit diesem Urteil hat der Akademische Senat der Universität Berlin sich vor aller Welt selbst sein Urteil gesprochen. Er hat dargetan, daß er geistig und sittlich unter dem Niveau der zarischen Dandlanger während der schlimmsten Reaktionszeit in Rußland steht. Selbst die Kolothen des Zarenismus haben es nie gewagt, gegen die pazifistischen Lehren des Zolotai — die in veränderter

Form von Professor Nicolai vertreten werden — in einer Weise vorzugehen, wie es die Kolothen des Zarenismus im republikanischen Deutschland tun. Und als der Pl. Synod im Jahre 1901 Zolotai wegen seiner „feherischen Lehre“ und seiner Kritik an der offiziellen kirchlichen Lehre aus der Kirche ausschloß, da ging ein Sturm der Entrüstung nicht nur durch Rußland, sondern durch die ganze Welt.

Einen ähnlichen Entrüstungsturm wird sicherlich auch die schmachvolle Tat des Berliner Universitätsenats auslösen. Wie ein Weitschneid wird sie auf alle fortschrittlichen Kreise der gesamten Kulturmacht einwirken, die in Professor Nicolai einen der geistigen Vorkämpfer des neuen Deutschland sehen. Wie ein Weitschneid muß aber auch diese Tat auf alle proletarischen Kreise Deutschlands wirken, die allein die Träger der wirklichen Erneuerung des wirklichen Fortschritts sind. Der Bannfluch des Berliner Universitätsenats wird das deutsche Proletariat erneut an seine Pflicht erinnern, die Universitäten, die auf Kosten des Volkes erhalten werden, aus Verorganisationsstellen für nationalistische Kadapatrioten und aus Brutstätten der geistigen Reaktion in Träger der wirklichen Kultur und des geistigen Fortschritts zu verwandeln.

Zum Verbot gegen Prof. Nicolai erhalten wir aus studentischen Kreisen eine Zuschrift, in der folgende Fragen an den Rektor Prof. E. H. Mader gerichtet werden:

1. Ist dem Herrn Rektor bekannt, daß im bereits zwei Tage vor dem Ueberfall auf Nicolai Kenntnis von den gewaltigen Absichten der deutsch-nationalen Studenten gegeben worden ist? Warum ist nichts geschehen, um das zu verhindern? Ist der Herr Rektor bereit, sich von dem nachfolgenden Verdacht der Mitschuld am Hausfriedensbruch zu reinigen?
2. Ist dem Herrn Rektor bekannt, daß der Feldhilfsarzt von Studardt und der Student de la Chevalerie eine Rolle bei dem Ueberfall auf Nicolai gespielt haben? Warum ist nichts geschehen, um dieselben zu bestrafen? Warum hat er nicht auf disziplinarischem Wege gegen die strafbarer Maßnahmen ergriffen? Sind Rektor und Senat bereit, sich in diesem Punkte von dem Verdacht der Begünstigung einer Partei zu reinigen?
3. Ist dem Herrn Rektor und dem Senat bekannt, daß bei der Hinzugiehung von Studenten zur Meinungsbildung über den Fall Nicolai drei deutsch-nationale Studenten erschienen sind, darunter der oben erwähnte Student de la Chevalerie, der sich selbst an dem Stundal gegen Nicolai beteiligt hat, ferner die beiden Herren Schulz und Viertimpel, die seinerzeit dem Rektor von ihrem beabsichtigten Plan Kenntnis gaben, ohne daß — wie oben erwähnt — ein Einschreiten seitens des Rektors erfolgte?
4. Ist der hohe Senat geneigt, auch in diesem Fall sich von dem dringenden Verdacht des Innigen Hand-in-Hand-Arbeitens mit den deutsch-nationalen Kadapatrioten zu reinigen?

Manifest des internationalen Bureau der Gewerkschaften.

Paris, 9. März.

Das Internationale Bureau der Gewerkschaften, deren Sekretäre Dubogues und Simmens sind, spricht in einem Manifest den Wunsch aus, daß der Kriegszustand zwischen den Völkern für immer dem Friedenszustande Platz machen möge, daß die Kosten für die Bewaffnungen nicht mehr auf die Welt drücken mögen, daß die Rohstoffe international verteilt werden und der Grundstein gelegt wird für einen internationalen Tauschhandel und der Hungernot in Mitteleuropa und den Grenzländern in Ungarn ein Ende gemacht werde.

Kaukasien lebt.

Die „Politiken“ (Stockholm) mitteilt, ist es unserem finnischen Genossen E. S. Kausinen gelungen, sich den Klauen der russischen Czaras zu entziehen. Der Detektiv, der, um die hohe Belohnung von 50 000 Mark, die auf die Ergreifung Kausinens ausgesetzt war, zu erhalten, nach Zeitungsankündigungen eine andere Person erschossen hat, verübte Selbstmord. Kausinen befindet sich in Schweden in Sicherheit. Er hat den Vergnügen alle Lobesdrone, die über ihn geschrieben wurden, zu widerlegen und erwiesenermaßen revolutionären Kampfbewegungen seine herzlichsten Grüße.

Verleugnung der Demokratie.

Graf Voskodatsh hat in der Rede, mit der er den Antrag der Rechten auf Auflösung der Nationalversammlung bis zum 1. Mai 1920 begründete, hervorgehoben, daß sich seine deutsch-nationalen Freunde nicht von parteipolitischen, sondern von staats- und verfassungsrechtlichen Erwägungen leiten ließen. Wir sind berechtigt, hinter diese Behauptung ein dickes Fragezeichen zu setzen, denn die Konserwativen können weder als Hüter der Demokratie angeprochen werden, noch haben sie in Zeiten, wo die parteipolitischen Verhältnisse anders lagen als gegenwärtig, die staatsrechtlichen Gewissensbedenken empfunden, von denen sie heute bedrückt sein wollen. Als es z. B. keinem Zweifel mehr unterliegen konnte, daß der in den Goltentobtemwahlen von 1907 geborene Reichstag des Willoblocks schon längst nicht mehr den im Volke vorhandenen Stimmungen und Strömungen entsprach, widerrieten sie sich mit aller Entschiedenheit seiner Fortführung, weil sie mit gutem Grunde das Erge nis der Reichswahlen fürchteten. Sie haben auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß das Parlament von 1912 den ganzen Krieg hindurch Volkserrettung spielen konnte, obwohl seine Zusammenberufung zum mindesten seit dem Jahre 1917 sich nicht mehr mit den Ansichten und Wünschen der Wählermassen deckte. Was aber das wichtigste ist: sie sind von jeder Anhänger einer möglichst ausgedehnten Legislaturperiode gewesen, und auch nach der Revolution dünkten ihnen die ursprünglich vorgesehenen drei Jahre zu kurz. Mit ihrer Hilfe wurde die Verlängerung auf vier Jahre durchgeführt und am liebsten hätten sie an der fünfjährigen Dauer festgehalten. Sie sind also außerordentlich wenig bemüht, sich für die Erhaltung des Charakters des Parlaments als einer wirklichen Vertretung des Volkes und seiner politischen Meinung einzusetzen.

Wahrscheinlich würden die Herren auch weniger energisch auf die Verfassung pochen, wenn diese keine Rücksicht auf ihre Parteinteresse läge. Doch durch alle diese Feststellungen kann die sachliche Berechtigung und Notwendigkeit ihres Antrages nicht erschüttert werden. Im Fall stimmen wir in diesem Fall mit den Deutsch-nationalen überein. Ihre Motive sind nicht die unfrigen, aber sie sind uns gleichgültig, und wir haben von unserem Standpunkte aus an der Haltung der Regierung und der Mehrheitsparteien eine noch schärfere Kritik zu üben, als die Antragsteller selbst.

Die Regierung hat die Forderung der Rechten abgelehnt, selbstverständlich im Einvernehmen mit den drei Fraktionen, auf die sie sich stützt. Sie beabsichtigt, die Neuwahlen erst für den Herbst anzuberaumen, und auch dieser Termin steht noch keineswegs fest, denn ihr Vertreter knüpfte die Erfüllung seines Versprechens an die Bedingung, daß nicht neue, unerwartete Schwierigkeiten entstanden. Wir werden also am Ende des Jahres nur wählen, wenn nichts dazwischen kommt.

Die Regierung tut sich immer besonders viel auf ihre einwandfreie demokratische Gesinnung an, und der Reichsminister des Innern, der für sie sprach, zählt sich sogar zu der demokratischen Partei. Für die Demokratie soll doch wohl der von dem amerikanischen Präsidenten Lincoln formulierte Leitsatz maßgebend sein: „Alles für das Volk und alles durch das Volk“. Da das Volk unter der parlamentarischen Staatsform die Gesetze nicht selbst macht, sondern eine gewählte Körperschaft mit dieser Arbeit betraut, muß darauf geachtet werden, daß diese Körperschaft den Willen derer, die sie vertritt, möglichst genau widerspiegelt. Natürlich läßt sich nicht jede geringfügige und vorübergehende Schwankung berücksichtigen. Wenn aber ein Gesinnungsumschwung bei den Wählern offensichtlich wird, muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ein neues Parlament an die Stelle des nicht mehr zeitgemäßen zu setzen. Das um so mehr, wenn das Stimmrecht geltung hat, d. h. bei dem Auscheiden eines Mitgliedes immer ein anderes aus derselben Parteigruppe an seine Stelle tritt, und also eine Korrektur des Gesamtbildes durch Neuwahlen nicht erfolgen kann.

Der Minister Dr. Koch mag es nicht, die tiefgehende Veränderung, die seit einem Jahre in der politischen Stimmung des deutschen Volkes Platz gegriffen hat, zu bestreiten. Ein solcher Versuch wäre ja auch gar zu lächerlich genaugen. Jedes Kind weiß, daß die Parteigruppierung im Lande eine ganz andere ist als in der Nationalversammlung, 1917

Es ist insbesondere die Regierungsparteien über eine sehr viel größere Anzahl von Abgeordneten verfügen, als sie angesichts ihres Anhängerschwundes beanspruchen können. Das Kabinett Bauer sitzt auf einer ringum von brandenden Wogen umspülten Insel, von der ein Stück nach dem anderen abbröckelt. Aber es wehrt sich mit allen Kräften gegen die in seinen Augen beleidigende Zumutung, aus dieser verzweifellen Situation die Konsequenzen zu ziehen. Im Namen der Demokratie schlägt es allen demokratischen Forderungen ins Gesicht.

Nicht minder misshandelt es die Staats- und Verfassungsgesetzlichen Ehre. Der Nationalversammlung war die Aufgabe gestellt, der deutschen Republik eine Verfassung zu zimmern. Sie hat diese Pflicht, wenn auch mehr schlecht als recht, erfüllt. Kein Mensch konnte etwas dagegen haben, daß sie außerdem noch ein paar besonders dringende Besche erledigte. Aber auch wer den Rahmen einer verfassunggebenden Versammlung noch so weit spannt, wird zugeben müssen, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo sie mehr oder weniger gegenwärtige Tätigkeit zu beendigen hat, wenn sie sich nicht Befugnisse anmaßend will, die ihr nicht gebühren. Bis zum 1. Mai liegen sich alle bis jetzt begonnenen Arbeiten beinahe zu Ende führen, und alles andere, was mit Recht oder Unrecht als dringend bezeichnet wird, könnte dem Reichstag überlassen bleiben.

Auch die Verfassung darauf, daß Teile des Landes von den Alliierten besetzt seien und das endgültige Schicksal dieser Bezirke noch nicht entschieden sei, ist wenig schicklich. In der ersten Phase von Schleswig hat die Abstimmung bereits stattgefunden, und sie ist gegen Deutschland ausgefallen. In der zweiten wird sie am 14. März vorgenommen. Die Rheinprovinz wird voraussichtlich noch auf lange Jahre okkupiert bleiben. Die Wahlen sind aber dort nicht behindert. Wann in Ober-Sachsen und Ostpreußen die Volksentscheidung fallen soll, ist noch nicht sicher, aber der Friedensvertrag besagt, daß die Abstimmung dort nicht über 6 Monaten und nicht über 18 Monate nach dem Tätigkeitsbeginn der Entente-Kommission durchgeführt werden soll. Dennoch sind wir also unter Umständen genötigt, bis zur Mitte des Jahres 1921 zu warten, und mit demselben Recht wie heute, könnte die Regierung auch im Herbst noch die Reichswahlen mit Rücksicht auf die Verhängung einzelner Landesteile ablehnen. Daß die unklaren Besitzverhältnisse gewisse Schwierigkeiten verursachen, ist zuzugeben, aber sie fallen nicht ins Gewicht gegenüber der Unertüchlichkeit des durch die Verhängung der Wahlen geschaffenen Zustandes. Es gibt einfach keinen objektiv berechtigten Grund für die Ablehnung des Antrages auf Auflösung der Nationalversammlung.

Was bleibt, sind nur die Parteirücksichten der heute Herrschenden. Aber wir sind zu allem Überflus davon überzeugt, daß die Regierung sich auch in ihren parteipolitischen Kalkulationen irrt. Sie spekuliert auf einem neuen Umschwung der öffentlichen Meinung zu ihren Gunsten. Woher er kommen soll, ist rätselhaft. Denn das Mögliche und Erbärmliche Gedächtnis, daß sich eine Regierung nennt, ist planlos von der Hand in den Mund, stolpert von einer Krise in die andere und statt seine Position zu verbessern, verschlechtert es sie von Tag zu Tag. Nur Wundergläubige können auf eine Entlohnung zum Guten hoffen. Dieses Wunder wird nicht geschehen, und je länger man die Entscheidung hinausschiebt, um so schlechter wird sie für die Regierung ausfallen. Bleib sie bis jetzt noch ungenutzt, daß sie aus den Wahlen mit einer knappen Mehrheit hervorgeht, so wird ein solches Ergebnis im Herbst schon mehr als zweifelhaft sein, denn nach allen Erscheinungen dürfen wir sicher sein, daß die sich in der Reichsversammlung bietenden zahlreichen Gelegenheiten ihre Unfähigkeit und ihr Unvermögen zu beweisen, von der Regierung nicht unbenutzt gelassen werden.

Aber wir sind ja schließlich nicht dazu da, um der Opposition Verantwortung zu prägen. Wir haben von ihr nur zu verlangen, daß sie das tut, wozu sie nach der Verfassung und nach den von ihr proklamierten Grundgesetzen verpflichtet ist und wir nachher vor aller Welt fest, daß sie zwar die Demokratie verkündet, in Wirklichkeit aber den Teufel nach dem Bockstuhle froh und die Diktatur der Parteien auftrifft und befestigt, die vor Jahr und Tag unter ganz anders gearteten Verhältnissen einen Wohlstand davongetragen haben.

Die Regierung gegen den Kadaverpatriotismus.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, daß Mitglieder der fremden Missionen, die sich auf Grund und in Ausführung des Friedensvertrages in deutschen Städten aufhalten, zum Gegenstand wörtlicher und tätlicher Angriffe gemacht werden. Die Reichsregierung warnt auf das eindringlichste vor dieser Verwilderung des öffentlichen Lebens, die mit Vaterlandsliebe nicht zu tun hat und nur zur schwersten Schädigung des Vaterlandes führen kann.

Es ist die selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen, den fremden Missionen gegenüber Zurückhaltung und Würde zu bewahren. Jede andere Haltung kann unabsehbare Verwundungen heraufbeschwören und die Gesamtheit für die Entsetzungen einzelner lädigen lassen. Der Reichswehrminister wird sich mit äußerster Schärfe gegen militärische Einschreitungen wenden, welche den fremden Offizieren in der Ausübung ihrer Amtspflichten in den Weg treten.

Die Reichsregierung wird eben so wenig zögern, sibirische Verhältnisse gegen Sitte und Volkinteresse schonungslos zu ahnden. Sie denkt nicht daran, ihre Politik durch einen Kadaverpatriotismus durchkreuzen zu lassen, der auf Kosten des gesamten Volkes sein lächliches und gefährliches Spiel treibt. Eignen, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, können nur bewirken, daß die wenigen Stimmen in außerdeutschen Ländern auch noch verstummen, die sich noch und nach zum Sprecher für unsere Not und unser Recht gemocht haben.

Das Bremer Garnisonkommando verteidigt die Ausschreitungen.

Gleichzeitig nimmt nach einer amtlichen Meldung das Garnisonkommando von Bremen zu den dortigen Ausschreitungen Stellung:

Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich die fremdländischen Offiziere nicht in Uniform mit Orden in den Straßen und Plätzen der Stadt zeigen, das muß auf die Bevölkerung پروvozierend wirken. Ferner ist es notwendig, daß alle Kommandos

rechtzeitig ihre Anwesenheit melden, und daß sie einen deutschen Wechsellagerer bei sich haben. Nur in diesem Falle wird es möglich sein, rechtzeitig Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Wenn das nicht geschieht, so kann es gar nicht ausbleiben, daß die Bevölkerung an dem Erscheinen der Offiziere auf den Straßen und in den öffentlichen Anstalten, und die gefährlichen Vorgänge sich wiederholen. Außerdem ist zu beachten, daß ein Teil der Volkmenge in Bewegung handelt. Zweifellos aber sind auch viele Elemente vorhanden, denen diese Vorgänge ein willkommener Anlaß sind, zum Skandalisieren und zu Widerthatigkeiten gegen die Sicherheitspolizei, wenn diese pflichtgemäß die gefährdeten Offiziere schützen will. Es darf ferner nicht vergessen werden, daß sich unter der Bevölkerung eine große Anzahl kürzlich erst zurückgekehrter Kriegsgefangener befinden, bei denen beim Anblick der ordnungsgemäßen französischen Uniformen trübe Erinnerungen aus der Kriegsgefangenschaft geweckt werden.

Diese Darstellung läuft auf eine Verteidigung der Ereignisse hinaus, und es scheint uns dem dringend geboten, daß die zuständigen Stellen die in dem Aufruf des Reichskanzlers enthaltene Warnung mit besonderem Nachdruck dem Bremer Garnisonkommando zu Gemüte führen.

Verlegenheitsgerede.

Die Regierung läßt durch das Reichswehrministerium erklären, daß der Belagerungszustand in Sachen bedauerlich noch nicht rechtsgültig aufgehoben worden sei, weil die Aufhebung nicht in „ordentlich“ Weise bekanntgegeben wurde, und daß deshalb unsere Schlussfolgerungen irrig seien.

Das ist nichts weiter als ein Verlegenheitsgerede. Der Belagerungszustand über Sachen ist durch eine Bekanntmachung des Reichspräsidenten vom 3. Januar 1920, die vom Reichskanzler Bauer gegengezeichnet worden ist, ausdrücklich aufgehoben worden, und zugleich wurden damals alle auf Grund des Belagerungszustandes dem Inhaber der vollziehenden Gewalt erteilten Befehle außer Kraft gesetzt. Nicht genug damit hat, wie wir mitgeteilt haben, der Befehlshaber Maetzel im Verordnungsblatt Nr. 8 des Abwicklungsamtes 12. A. N. vom 28. Januar die Aufhebung des Belagerungszustandes ausdrücklich bekanntgegeben.

Es bleibt also dabei, daß seit dem 3. Januar 1920 weder ein Belagerungszustand noch ein „Ausnahmestadium neuer Art“ für Sachen besteht, da ja in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 das Gebiet des Reichsaates Sachen ausdrücklich von der Verhängung des Ausnahmezustandes aufgenommen worden war.

Es bleibt auch dabei, daß alle Maßnahmen des Militärbefehlshabers für Sachen, die auf Grund eines gar nicht bestehenden Belagerungszustandes verhängt worden, gesetz- und verfassungswidrig und daher rechtswidrig sind.

Es ist aber bezeichnend für den Geist, von dem diese Regierung beherrscht ist, daß sie bezagene Unrecht nicht gutzumachen mag, sondern ihm durch verlegene Ausreden ein rechtswidriges Ansehen zu geben versucht.

Der Sozialistentag gegen die Verhängung der Todesstrafe.

Auf dem Sozialistentag fand folgende Entschliessung einstimmig Annahme:

„In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht dumpfe Erbitterung wegen des Ausnahmezustandes, den gerade die besten Schichten des Proletariats als Klassenjustiz ansehen, weil sie eine auch nur annähernd so rückwärtslose Anwendung der staatlichen Zwangsmittel gegenüber dem reaktionären Unternehmertum und der militaristischen Reaktion vermischen. Die Anwendung der genannten Zwangsmittel genügt der Regierung noch nicht. Deshalb hat der Reichspräsident unter Berufung auf § 48 der Verfassung in einzelnen Teilen des Reiches die allen Staatsbürgern garantierten Grundrechte außer Kraft gesetzt. Hierbei ist er weitergegangen als es jemals für möglich gehalten werden konnte. So z. B. indem er die Ermächtigung gab, für bestimmte Verbrechen nur die Todesstrafe zu verhängen.

Nach es selbst in Ausnahmestunden schon prinzipiell allen sozialdemokratischen Grundgesetzen höchstbedauerlich angesehen werden, wenn mit Verhängung der Todesstrafe dergleichen gewirtschaftet wird, so kommt noch hinzu, daß die Militär- und der Arbeiterbund militärischer Befehlshaber aus dem Lager der Reaktion derartige Schlimmheiten untrüglich machen müssen. Selbst größte Schandthaten irgendwelcher Verbrecher können eine wirklich republikanische Regierung nicht von der Pflicht entbinden, ihrerseits auch bei der Abwehr von Verbrechern im Rahmen der Verfassung zu bleiben.

Im weiteren weist die Entschliessung die Frage auf, ob nicht baldigst ein Gesetz über die Befugnisse des Reichspräsidenten zu schaffen sei, da selbst mehrere Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion der Nationalversammlung anscheinlich nicht dafür zu haben waren, den Reichspräsidenten einzuschränken, ohne seine Nachbefugnisse zu umgrenzen.

Gegen die Mißhandlung der Festungsgefangenen.

Unsere Genossinnen Bieh und Agnes und die Genossen Eichhorn und Brühl brachten in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage ein:

„Die Anstalten im Festungsgefängnis in Spandau führen bittere Klagen über die gesunkenen dortigen Zustände. Seit fünf Wochen haben sie keine reine Lebensmittel erhalten, die Wäsche, die sie tragen, ist zerfressen und völlig zerlumpt.

Die Verhältnisse sind höchst ungesund. Der Körper der Gefangenen ist mit Wunden bedeckt, die teilweise bereits in Eiterung übergegangen sind.

Das Essen ist ungenügend und dabei ist es Gefangenen verboten, Lebensmittelpakete anzunehmen, um die ungenügende Ernährung etwas auszubessern. In der Folge sind die Gesundheitsverhältnisse der Gefangenen tiefer zu liegen.

Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um Abhilfe zu schaffen? ...“

Eugen hat'en kurze Beine.

Durch die gesamte bürgerliche und einen Teil der rechtssozialistischen Presse lief dieser Tage eine Notiz, wonach die Unabhängigen in Köln in eine große Schieberaffäre verwickelt seien. Um allem Gerüde ein Ende zu machen, veröffentlichten wir die nachfolgende Notiz, die am 4. ds. Mt. in der Kölner rechtssozialistischen „Heinrichs Zeitung“ erschien. Unter der Überschrift „Tendenzlose Nachrichtenvermittlung“ schrieb das Blatt der Meerfeld und Solmann:

„Die Kölner Filiale des Wolffschen Telegraphenbureaus hat vor einigen Tagen die tendenziöse und vollkommene erfundene Behauptung weiter verbreitet, unabhängige Stadtverordnete und Stadtschreiber hätten in Köln große Schiebergeschäfte gemacht. Wie die „Sozialistische Republik“ mitteilt, ist das Bureau bisher vergeblich aufgefordert worden, die Namen der unabhängigen Schieber zu nennen und die aufgestellten Behauptungen zu beweisen. Wir können mit dem unabhängigen Blatt

Aberlein, wenn es eine derartige Methode als Schmutz und Verwerflich bezeichnet. Es ist nicht das erste Mal, daß in der Kölner Filiale des Wolffschen Bureaus unwarne und tendenziöse Nachrichten verbreitet werden. Wegen einer derartigen Methode, unbenutzte politische Gegner perläufig zu vergebunden, sollte eigentlich die gesamte Presse ohne Unterschied der Parteilichung protestieren. Leider haben wir wenig Hoffnung, daß unsere bürgerlichen Kollegen gemeinsam mit uns und der unabhängigen Sozialdemokratie gegen eine derartige Verurteilung politischer Gegner protestieren.“

Wir haben auch wenig Hoffnung, daß die rechtssozialistische Presse der Verhängung der „Kölnischen Zeitung“ mit ein unabhängiger Kampfweise gegen politische Gegner folgen wird. Denn obwohl die Nachricht den Stempel der Un glaubwürdigkeit an der Stirne trug, hat ein Teil der rechtssozialistischen Presse diese Schwindeleinrichtung legerig abgedruckt.

Kommunistische Agitation.

Der „Kölnische Zeitung“ ist nicht wohl, wenn sie nicht mindestens täglich einen Anlauf gegen die U. S. P. D. vertreiben kann. Da nun sachlicher Stoff meistens fehlt, nimmt sie ihn sich, wo sie ihn findet, und begibt sich dabei in die Schwurzeugschaft des — „Vorwärts“. Der Redaktion dieses Blattes gefallt es nämlich, die U. S. P. D. als eine Partei zu schildern, die nur den Rahmen für den Kampf zweier sich aufs äußerste bekämpfender Gruppen darstellt: der „demokratischen“ Rechtsen um Hilferding und der „kommunistischen“ Linken.

Nun brachte kürzlich der „Vorwärts“ im Anschluß an die Debatte über den Belagerungszustand in der Nationalversammlung einen Artikel, in dem über die Wirkung des Belagerungszustandes vom 13. Januar folgende Absensheit verzapft war:

„Eine Richtung bei den Unabhängigen, die den Gewaltkampf vertreibt und die Partei auf die Bahn einer legalen, demokratischen Opposition lenken will, war vor dem 13. Januar durch den Terror der äußersten Linken so gut wie vollständig unterdrückt, heute kann sie sich wieder hervorwagen, nachdem sich deutlich gezeigt hat, wie berechtigt ihre Warnungen vor wahnwitzigen Maßregeln gewesen sind.“

Flugs nimmt die „Kölnische Zeitung“ das auf und erklärt dazu:

„Damit bestätigt das Regierungsorgan, daß der Belagerungszustand auch den Zweck verfolgt, die revolutionäre Entwicklung der unabhängigen Arbeiter zu hemmen, um den Einfluß der Hilferding, Naustky, Crispian zu stärken.“

Sinnel und Erde kommen nicht zusammen, aber die U. S. P. D. und die S. P. D. dann, wenn es gegen den gemeinsamen Feind, gegen die U. S. P. D. geht! Der „Vorwärts“ gibt das Stichwort, die „Kölnische Zeitung“ belet es nach und dann folgt die Verführung an die unabhängigen Arbeiter, sich nicht länger in einer so verroteten Partei aufzuhalten, in der die „Hilferding, Naustky, Crispian“ sich mit Hilfe des Moskischen Belagerungszustandes wider in den Sattel schwingen können.

Nur so weiter! An der eigenen Lächerlichkeit stieß man am schnellsten und sichersten.

Erziehung eines französischen Soldaten.

Berlin, 9. März.

Die Gemeinde Wernitz (Mark) ist in den letzten Tagen dreimal von Wilderern heimgesucht worden. Heute nachmittags wurden in der Gemarkung Wernitz oberhalb Widdiche festgesetzt. Die Einwohnerwehr wurde daraufhin sofort zusammengerufen. Es wurden acht Widdiche auf frischer Tat gestellt. Sie wurden aufgefordert, sich zu ergeben. Vier leisteten dieser Aufforderung Folge, die übrigen vier versuchten zu entweichen. Die Flüchtlinge wurden mehrere Male aufgefordert, stehen zu bleiben. Von den Verfolgten wurden, als die Aufforderung nutzlos blieb, Schreckschüsse abgegeben, die von den Flüchtenden mit Gewehrfeuer beantwortet wurden. Zwei der Widdiche ergaben sich, ein dritter blieb verwundet liegen und der letzte entkam. Der Verwundete wurde sofort nach einem Krug nach Musterort gebracht, der indes nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte.

Bei der Vernehmung im Amtsgebäude zu Wernitz stellte sich heraus, daß die Wilderer, die sämtlich Zivilkleidung trugen, Angehörige der französischen Ueberwachungskommission für das Flugwesen in Charlottenburg, Palanenstraße 57, waren. Der Zote ist der Soldat René Jaumo u. Wille. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage des Gemeindevorstehers in Wernitz geantwortet, daß die Leiche des erschossenen Franzosen einstweilen in behördliches Gewahrsam zu nehmen sei. Die übrigen französischen Soldaten sind nach ihrer protokollierten Vernehmung entlassen worden. Der Inhalt der empfangenen Meldung ist vom Auswärtigen Amt sofort dem hiesigen französischen Geschäftsträger übermittelt worden.

Erzbergers Steuererklärung.

Amlich wird bekanntgegeben: Die Untersuchung der Steuerangelegenheit des Reichsministers der Finanzen Erzberger, ist auf Grund der Stellungverichte über den Prozeß Erzberger-Heißerich und der Angaben in dem in der Sonntagausgabe der „Landwirtsch. Rundschau“ vom 22. Februar erschienenen Artikel vom Landesfinanzamt Charlottenburg mit der größten Gründlichkeit und Verkleinerung geföhrt worden. Obwohl die Untersuchung in einem Nebenpunkte noch nicht abgeschlossen ist, kann doch schon heute festgestellt werden, daß der Reichsminister der Finanzen in seiner Steuererklärung offensichtlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht hat. Das endgültige Ergebnis wird in den aller nächsten Tagen bekanntgegeben werden. An diese Mitteilung knüpft die „Kölnische Zeitung“ neue heftige Anklagen gegen Erzberger. Wir warten die Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses der Untersuchung ab, bevor wir uns zu der Sache selbst äußern.

Alle Kriegsgefangenen aus Frankreich heimgeleitet.

Berlin, 9. März.

Die Reichszentralestelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport aus Frankreich ist im großen und ganzen als beendet anzusehen. Sobald die noch in den Durchgangslagern befindlichen Heimkehrer zur Entlassung gekommen sind, wird ein Aufruf an alle Angehörigen erfolgen, um festzustellen, welche Kriegsgefangenen aus Frankreich und anderen Gründen noch zurückgehalten werden.

Der Streik im Oesterreichischen Eisenwerk. Das Oesterreichische Eisenwerk meldet über den Streik im Oesterreichischen Eisenwerk, daß ungefähr 70 Prozent der Belegschaften das Land verlassen haben. 85 000 Bergleute streiken.

Elternbeitragswahlen.

Weltere Wahlergebnisse.

14. Distrikt II. S. P. 27, S. P. D. 7, Christl. 46 Mandate. 18. Distrikt. Resultat von 16 Schulen: II. S. P. 180, Christl. 47 und S. P. D. 20 Mandate. Steinhilf. II. S. P. 66, S. P. D. 20, Christl. 90, Demokr. 20 Stimmen.

10. Verbandstag der Steinseher.

Am 7. März begann in Dresden der 10. Verbandstag der Steinseher, seit sieben Jahren wieder der erste. Der 1. Vorsitzende Knoll eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf die vergangene Zeit. Zur Leitung des Verbandstages schlug er dann u. a. als Schriftführer auch Sibura-Berlin (II. S. P.) vor. Dieser lehnte ab mit den Worten: Ich lehne ab, da ich einen Vorschlag von Knoll nicht akzeptiere.

Ra (II. Sog.) bemängelte, daß Knoll nicht auch die Opfer erwähnt hat, die im Kampfe um den Sozialismus nach dem 9. November gefallen sind.

Bei Festlegung der Tagesordnung kam es zu lebhaften Debatten, da den Diskussionsrednern nur 15 Minuten Redezeit gewährt werden soll. Damit wäre die Opposition fast vollständig mundtot gemacht. Sie wehrte sich dagegen, wurde aber bei der ersten Abstimmung niedergestimmt. Der Antrag auf unbeschränkte Redezeit wurde jedoch erneut gestellt, von Sibura-Berlin begründet und nach längerer Debatte angenommen. Ein Antrag Kaufmann, den Beamten kein Stimmrecht zu verweigern, fand nicht genügende Unterstützung. Nebenfalls hat bereits der erste Tag gezeigt, daß die Opposition alles aufbieten muß, um sich zu behaupten.

Am zweiten Tage erstattete Knoll Bericht über die Gewerkschaftspolitik. In außerordentlich weitgehenden Ausführungen ging er auf die Zeit während des Krieges ein und verteidigte den „Burgfrieden“. Den Streik bezeichnete er als primitives und rotes Kampfmittel. Er beschuldigte die Kriegspolitik der Gewerkschaften zu entschuldigen, wurde sehr verlesen, als durch Zwischenruf zur Sprache gebracht wurde, daß der „sozialistische“ Vorstand feinerzeit für den Verband 5000 M. Kriegsanleihe gesammelt hat. Diese Reizung suchte Knoll mit einer drohenden Ironie abzuwehren. Seine Ausführungen hatten manchmal eine verärgerte Färbung. Bei jeder Deutungsfrage seiner Rede kamen dabei nur noch Deutschland, Deutschland über alles zu fingen, durchaus berechtigt war.

Nachdem dann die Gäste Schoonderwoerd (Holland) und Wamarski (Tschchoslowakei) die Verhältnisse in ihren Ländern gezeichnet hatten, gab Linke-Berlin ein kurzes Bild der Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre. Zur Frage der Sozialisierung sprach er mit vieler Ironie und über und tanzte den beliebten rechtssozialistischen „Tanz“. Am Schluß gab er bekannt, daß Knoll-Berlin als Vorsitzender aus dem Verbande ausscheidet.

Es folgt Bericht des Hauptassistenten 1918, am letzten Verbandstag, hatte der Verband 267 Filialen mit 10708 Mitgliedern. Die Zahl sank während des Krieges und war Ende 1919 auf 297 Filialen und 11330 Mitglieder gesunken. Die Einnahmen betragen 1918: 366 894, 1919: 678 730 M. Der Kostenbestand 1919 betrug 171 285,81 M., das Gesamtvermögen 882 720,89 M.

Der Vorsitzende des Verbandsausschusses berichtete über eingelaufene Beschwerden usw. Gewandt unterstützt wurde ein Antrag der Filiale Charlottenburg, die mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden ist, jedoch behauptet, daß verschiedene Artikel im Hochorgan rein politischer Natur waren, was zur Folge hatte, daß es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Tagungsungen und dem Hochorgan kam.

Als ungenügend unterstützt wurden Anträge der Opposition zurückgewiesen, die verlangten, Knoll aus dem Verbande auszuscheiden, und daß alle dergleichen besoldeten und unbesoldeten Zentralvorstandesmitglieder, welche ihre Zustimmung zur Zeichnung der Kriegsanleihe gegeben haben, die gezahlte Summe sofort aus ihren eigenen Mitteln an den Verband zurückzahlen, ferner, daß dem gesamten Zentralvorstand ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und derselbe reiflich abgesetzt werden solle. Dann trat die Versammlung in die Diskussion ein. Genosse

Jäger-Beipzig rechnete scharf mit der Politik der General-Kommission ab und kritisierte die Schreibweise des Vorsitzenden Knoll, die eine Verbesserung der Politik des 4. August darstelle. Da die Zeit schon stark fortgeschritten war, mußte er seine Ausführungen abbrechen, und wurde die Sitzung vertagt.

Groß-Berlin.

Am Groß-Berlin.

Der 17. Ausschuh der preussischen Landesversammlung begann gestern die zweite Lesung des Gesetzentwurfs. Bei dem entscheidenden § 1 brochten die Gegner des Gesetzes erneut ihre Anträge ein, um einen Zweckverband für gemeinsame Aufgaben zu errichten. Die Argumente waren nur eine Wiederholung alles dessen, was in der ersten Lesung in wochenlangen Debatten immer von neuem vorgelegt worden war. Auch das Zentrum kam wieder mit allen möglichen Wenn und Aber, ohne Positives zu bringen. Neu war nur ein Antrag Dominicus, der Groß-Berlin in der Provinz Brandenburg lassen will. Dieser Antrag wurde von der Staatsregierung bekämpft. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Annahme des Antrages daraus hinausläufe, eine Reihe Aufgaben, die heute der städtischen Verwaltung unterstehen, der Provinz zuzuwenden, beispielsweise das Vandalmentwesen, die Fürsorgeversicherung, Laubhütten- und Blindenwesen, Meliorationen. Da der Provinziallandtag alle Jahre nur einmal zusammentritt, die Geschäfte vom Provinzialausschuh geführt würden, würde der Stadt und ihren Selbstverwaltungsgorganen jeder Einfluß genommen; ganz abgesehen von den rechtlichen Schwierigkeiten, die sich in der Durchführung dieser Aufgaben entgegenstellten. Der Antrag und alle anderen zum § 1 gestellten wurden abgelehnt und mit 14 Stimmen gegen 13 Stimmen der § 1 angenommen. Es wurden ferner noch acht Paragraphen ohne Änderung zugestimmt.

Warnung vor dem Mieterstreik.

In der letzten Sitzung des Verbandsausschusses des Wohnungsbauverbandes wurde u. a. auch von dem erneuten Einbruch des Oberpräsidenten gegen die vom Verbandsausschuh beschlossene Höchstmietverordnung Kenntnis genommen. Es wurde mit Bestimmtheit bemerkt, daß der Einspruch erfolgt sei, bevor noch der Reichsfinanzminister die vom Verbandsausschuh entlassene Deputation empfangen habe. Damit übernehme die Staatsregierung allein die volle Verantwortung für die höchst unzulässige Entlassung, die durch die Einzahlung der Entscheidung eingeleitet sei. Der Verbandsausschuh warnt die Bürgerdorst auf eindringlichste davor, an der bisher vereinbarten Höhe der Miete der zu erwartenden Verordnung eigenmächtig Kürzungen vorzunehmen.

Wie wir hören, hat der Mieterverband, der zuerst zu einem allgemeinen Mietstreik aufgefordert hatte, vorerst diese Parole wieder rückgängig gemacht, da die Höchstmietverordnung noch keine Rechtskraft besitzt.

Schlichtungsausschuh und Finanzministerium.

Herr Südekum ist ein sehr sparsamer Mann, wenn es sich darum handelt, die Interessen der Arbeitnehmer beschützen zu berücksichtigen. Der Schlichtungsausschuh Groß-Berlin, Schlegelstraße 4, ist in Admen untergebracht, die jeder Beschädigung Lohn spenden, wenn man die Geschäftsfälle dieser Behörde bedenkt. Die Geschäftsführung des Schlichtungsausschusses war mit dem Passagier-Kaufhaus in Verbindung getreten, um endlich im April gescheiterte Räume zu finden. Der Vertreter des Herrn Südekum erklärte jedoch bei den Verhandlungen, daß man für solche Bureau kein Geld habe. Man werde einfach auf dem Grasmacker fünf alte Sanitätsbaracken aufbauen und Wänten dort die Verhandlungen vor sich gehen. Die Arbeiter und Angestellten müssen diese Zumutung schon deshalb ablehnen, weil der Grasmacker sich in zu großer Nähe der Maschinenwehre und Kammern des Herrn Hofke befindet. Vielleicht zieht der Herr Finanzminister in Erwägung, für diese wichtige Institution, die doch dem „Arbeitsfrieden“ dienen soll, unter Verfürgung

der für den stillen Mann in Anmergen in Aussicht genommenen 100 Millionen, etwas für den Schlichtungsausschuh Groß-Berlin zu tun.

Veruchte „Gefangenenbefreiung“.

Ein Gefängnisinsasse, der Kommunist Wenders, welcher zur Zeit eine Gefängnisstrafe wegen der Besetzung des B. T. B. im vorigen Jahre verbüßt, auch der Kraftfahrer Raue hatten sich gestern wegen Beamtenbefreiung und verführer Gefangenenerbefreiung vor einer Strafkommission zu verantworten.

Die Verhandlung warf grelle Schlaglichter auf die ausgedehnte niederträchtige Behandlung der politischen „Verbrecher“ und auf die — Beamtenbefreiung.

Als sich Wenders in Untersuchungshaft befand, wurde er planmäßig gefoltert. Die Beamten und die Wachsoldaten betonten den Gefangenen immer und immer wieder, daß sie an die Wand gehörten, daß mit solchen Schakalen nicht viel Federlesens gemacht werden würde, daß sie in der Zelle zusammenzuschossen würden. Wenders, der die Schüsse im Gefängnis hörte, als Joghies „auf der Muck“ erschossen wurde, rechnete damit, daß auch er in der verhöferten Zelle „auf der Muck“ erschossen würde. Seine Ansichten und Befürchtungen teilte er in einem Briefe seinem Freunde Raue mit, der darauf entnahm, daß Wenders sich mit Fluchtgedanken trage. Raue, der Wenders Essen schicken konnte, wollte diesem eine in ein Brot gebundene Stahlspitze zukommen lassen, machte ihn aber auch zu gleicher Zeit auf die Schwierigkeiten einer Flucht einbringlich aufmerksam. Der Brief, der diese Mitteilungen enthielt, und die Stahlspitze wurden bei der Revision des Essens gefunden.

Der ebenfalls vor die Schranken des Gerichts zitierte Gefängnisinsasse wurde insofern in diese Angelegenheit verwickelt, als er den wiederholten Bitten des Wenders nachgab, zu Raue ging, um Zigaretten für Wenders zu holen. Raue gab ihm 20 M. für Zigaretten. Der Insasse, der ein Monatsgehalt von 180 M. und eine geringe Towerungszulage erhielt, dessen Frau Selbstmordversuche aus krankhaften Misszuständen begangen hatte, sich in der Charité befand, dessen Lohner arbeitslos war, der also in drückender Notlage sich befand, beging die Dummheit und bebiel 25 M. für sich.

Dies in Kürze der Sachverhalt. Der Staatsanwalt, der sicher noch keine Rot gelitten hat, wollte mit den „Verbrechern“ scharf ins Zeug gehen und forderte für den Gefängnisinsasse 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, für Raue 9 Monate und für Wenders 8 Wochen Gefängnis.

Die Verteidiger, die Rechtsanwältin Dr. Siegfried Weinberg und Dr. Herzfeld, wiesen nach, daß der Insasse in drückender Not befindlich, sich zu einem unüberlegten Schritt hatte hinreichend lassen, daß Raue aus purem Idealismus, lediglich um seinen Freund nicht von Ruhestuhlern „auf der Muck“ erschossen zu lassen, gehandelt habe. Von Wenders wiesen sie nach, daß er von der Säge nichts geahnt hatte.

Das Gericht kam aber doch zu einer Reurteilung. Der Spruch lautete für Raue 2 Monate, für den Insasse 1 Monat Gefängnis. Wenders wurde freigesprochen.

Reflexionen-Rufus. Am Mittwoch, den 17. März, abends 7 Uhr, beginnt im Abgeordnetenhaus, Zimmer 17, der Kursus der Genossin Fiech. Der Kursus findet stets im gleichen Raume statt.

Im Sonntagshorizont der Stadt Berlin-Dresden tritt vom nächsten Sonntag eine Zugvermehrung ein: Der Schiffszug D 62, ab Anhalter Bahnhof 8.00 Uhr vorm. nach Dresden, und sein Gegenzug D 62, an Berlin 11.30 Uhr abends, werden auch an den Sonntagen gefahren.

Zu dem Mördermord in der Chausseestraße wird mitgeteilt, daß der fällige Mörder, der Bahnhofsbedienter Franz Dieck, noch nicht ermittelt ist. Nachforschungen nach seiner Leiche, die Vermutung seines Selbstmordes betrafte, sind auch noch erfolglos geblieben. Geheuer wurde im Grunewald ein Mann erschlagen gefunden, in dem man nach der Personenbeschreibung Dieck vermutete. Die Kriminalpolizei entsandte sofort einige Beamte mit einem Reffen des Dieck an den Fundort. Es ergab sich jedoch, daß der Tote nicht der gesuchte Mörder ist. Doch er hat das Leben genommen hat, wird aber immer wahrscheinlicher, denn außer dem Reffen, der ihn am Pirus Busch am Wasser beobachtete, hat sich bis jetzt noch niemand gemeldet, der ihn nach der Tat noch gesehen hätte, obwohl er sehr vielen Leuten bekannt war. Die

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Der Burche, der eben zum Schuß angetreten war, vergoß das Maul, verdrehte die Augen und ließ, als ob er über diese Begegnung auf das nächste vergahe, die schwere Kugel aus der Hand fallen, worauf er einen Schrei tat und auf einem Beine herumhüpfte, als sei das andere geschädigt worden.

Es mußte das ein guter Spaß sein, weil ihn alle belachten.

Im Garten war es kühl und fast einsam. An einem Tische sahen zwei alte Bauern und an einem zweiten ein Knecht mit einer Dirn.

„Was soll ich bringen?“ fragte der Wirt. „Wirst wohl ein Wein woll'n, ein bessern, versteht sich und ein Badewerk? Wirst dich nit spotten lassen?“

Versteht sich, daß der Wirtel sich nicht spotten ließ. „Sapramost“, rief einer der Bauern draußen, „ist aber die Hinzhoferische lauder, die is' die Schönst' word'n von all'n!“

Auf der Bank hinter dem langen Tische, auf dem die Spieler ihre Krüge stehen hatten, sahen einige Dirnen, die moachten, während der Schah legelte, zusehen, oder untereinander plaudern, durften auch ab und zu einen Schlud nehmen. Gatte eine ein Glas mit süßem Weine vor sich und etwa gar ein Fuderbrelch dazu, so war das eine grobe Aufmerksamkeit, oder sie — bezahlte sich's selbst.

Bisher hatten sie ziemlich fremd gegeneinander getan und sich nur wenige Worte gegönnt. Da sah eine die andere misstrauisch von der Seite an und dann wieder von ihr weg, nach der Regelbahn und verfolgte eifrig den Gang des Stieles, oder tat wenigstens so, während sie mit dem Schah zu Hebungeln verjauchte und dabei auch beobachtete, „od nit die daneben ein schlechts Mensch mache“ und ihn ihr abzumenden verlangte, wobei es allerdings vorkam, daß die Betreffende selbst einen Augenblick darauf vergaß, daß sie seit acht Tagen mit einem „Neuen“ gebe und aus aller Bewohntheit dem „Früheren“ zuliebe. Jetzt aber, wo mit einmal die Hinzhoferische die Schönste sein sollte, rückten sie naserümpfend zusammen, zogen bedauernde und spöttische Gesichter und trauten wohl, wenn die Bauern und der Spott goll.

„Merkwürdig“, sagte der Wirtelhonnl, nebenbei bemerkend, „seines Vaters beste Hundschaf, merkwürdig, daß bis heut' keiner von uns um der ihr Sauberkeit g'wuht hat!“

„Kein Wunder“, sagte ein anderer, „dann hat man's voreh' auch zu G'sicht kriegt? Nit außer, nit unter der Arbeit. Ihr Hüften liegt am untersten, untern End und müht' mer erst g'wuht hab'n, was mer dort a'haben hat, eh' man sich noch Feierabend dahin müd' lauft und in's Tagewerken hat's ihr Mutter nit g'kriegt.“

Das war richtig, die Gelen' hatte noch Niemand arbeiten gesehen.

Als jetzt ein stämmiger Burche in die Kermel seiner Tacke schlüpfte und sagte: „Die Schmar ist aus, schickt's ohne meiner weiter. Ich geh', mir die zwei Beuteln an'schau'n“, da schrien die Dirnen lachend: „Tu' dich nur nit in's Hinder Waderl verchau'n!“ Sie bildeten jetzt eine Kette und hatten gegenseitig die Arme um Nacken und Hüften geschlungen.

„Sorgt's nur, daß auch keiner von eurer Waderln austricht“, sagte der Stämmige mit pfiffigem Augenblingeln.

Nicht lange, so war ein Burche nach dem anderen verschunden und bei den Dirnen, die nun aneinanderrückten wie Schafe, wann's donnert, blieb niemand zurück als der Wirtelhonnl. Der Schalk mußte, daß er nun als der „einzig G'kheide“ bei den armen, vernachlässigten Geschöpfen einen Ehren im Breite haben werde und da verlegte Titelkeit gar manche veranlaßte, sich so zu benehmen, als wäre ihr darum zu tun, die widerföhrene Krankheit auch zu verdienen, so sah er einen recht unterhaltamen Abend entgegen. Wirklich schallte es bald unter dem Vordache vor lautem Gelächter und Gespöze, das manchmal in ein grolles Aufschreien ausartete.

Der Hinder Waderl war im Orte wohlgefallen, in besonderer Achtung stand er nicht, kam ihm ja auch gar nicht zu Körperstärke, Arbeitsfähigkeit, erwirkbarstes, auch überkommenes Gew' wertel der Bauer fröhlich, darauf verfiel er sich, das begehrt sich unter seinen Augen als zu Nut' und wünschenswert; vor dem Manne, dem man nicht auf den Grund der vollen Tacke zu setzen vermag, rückt er den Hut und gibt ihm, als einem, dem Gott über die andern emporgeschaffen hat, wie der hohen Dürigkeit, aus Respekt, kurze Reden. Alle andere Sägung und Verlung ist ihm überkommen, selbst was unferes lieben Herrgotts und all' seiner Seligen Gnad' und Barmherzigkeit anlangt, verläßt er sich

auf seines Worrers Wort und Lehr'. Alles, was in seinem Kreise dem Vergebrachten zuwiderläuft, macht ihn verlegen und misstrauisch, 's mag ja von Gott gegeben sein, 's Gnuß' aber auch der Teufel geschickt haben, wer weiß sich da schnell aus? Und gar, was so inmitten zwischen dem Weltlichen und Heiligen liegt, das Gebiet der Kunst, das ihm allzeit nahegrau geblieben und dürfte es ihm wohl bleiben; vor einem Kunstgegenstande waagt er sich kaum über das referierte Urteil hinaus: Das schont schon aus! Da vor dem man der Hinder Waderl, kein und knirplich, sicher außerstand, auf dem Felde seinen Mann zu stellen, freilich war sein Bild, daß er findig und geschickl genug war, sich dabei mit leichter Arbeit mehr Geld zu verdienen, als manche andere mit der harten, aber feinen Burche er auch nicht, und sein'm Sad war wohl noch auf'n Grund zu seh'n, übrigens, war solche Arbeit überhaupt welche zu nennen und Ehr' dabei anzuhaben? Wohl heist's, zu Hinzhoferische da sitzt einer, der versteht's Hergottmachen und Heiligenknechten, aber (die guten Hinzhoferische entsanden instinktlid, daß ihr Dorfkind kein Genie sei) wenn er's gar so auskündig, so aller Welt ungleich verständig, läßt er nit mehr unter uns. Wen dieses Gefühl der Bewundlichkeit Waderl, das dem unvornehmen Grunde, ihn als etwas Besonderes zu betrachten, entsprang, machte ihn wohlgefallen, nur wollten ihn die Burche unter sich nicht als einen Weichen gelten lassen, und schon' ein's, nun mücht' mit einmal das Hinzhoferische, der Stuchsdoffer gar vor allen was vor-aushaben und mit der Schönsten vom Ort geh'n!

Dam' dürft' ihm doch wohl der Weg zu verlegen und zu verleben sein.

Wär' anders denen unterm' Verdache draußen die Lustigkeit vom Bergen gegangen, so hätten sie die Gesellschaft, die da rückwärts im Garten sah, verlassen können, denn die kom zu keinem Verlegen.

Der Stämmige, der zuerst herbeigeschlichen war, hatte sich ohne viele Umstände an Waderl's Tisch gesetzt, nachdem er dem Hergottmacher ein paar kurze Reden gesandt, wobei er, über dessen Kachel weg, Seltsam zuckelnde, ging er sofort daran, sich dieser gegenüber als den Schwasthosen und Jubeligen zu bezeigen. Dann er hielt dafür, daß der Dedel rasch vom Tische müste, wenn er Hohn darin sein wollte, denn die andern Burche würden nit lang' wegbleiben, aber schon der nächste, der hinzukam, fand ihn geschwollen mit einer hochgeröteten Tacke daligen.

(Fortsetzung folgt.)

Reinlichheit wird jetzt die Sorge in der Gegend der Friedhöfe und weiter unterhalb auch den Tauchern unterrichten lassen.

Lebensmittellisten.

Berlin, den 10. März, 1919. Auf die C-Kinderkosten eine Tüte Getreidemehl auf die Dauer von 4 Tagen bezugsfähig. Preisliste: 3 Pfund Kartoffeln; als Ersatz für die fehlenden 4 Pfund Kartoffeln werden 500 Gramm Großbrot auf die Abnahme...

Aus den Organisationen.

Die Genossen werden auf den heute abend stattfindenden Versammlung aufmerksam gemacht. Der weiteren veröffentlichten Organisationsentwürfe steht zur Diskussion. Er ist nach langen eingehenden Beratungen...

Möglichkeit schaffen, kühnlich zu einheitlichen Arbeiten kommen. Die Kommissionen sollen bestehen bleiben und sollen sie den Bezirksvorständen helfend zur Seite stehen.

Überführungsliste. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Eingangsgebäude in den bekannten Lokalen.

Bereinstufen.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Donnerstag, den 11. März, Nachmittags 2 (Vertrauensleute und Ausschussmitglieder der Gemeinde-Bühnenkräfte Groß-Berlin) abends 7 Uhr im Treppenhaus...

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsgesellschaft 'Freiheit', e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Gardinen

Auslandware, zu mäßigen Preisen noch vorräthig. Abgeputzte Schalgardinen, Fenster 45 Mk. Moderne Kunstgardinen (Grossteil) vornehmste Ausführung von 100 bis 175 Mark und darüber...

König, Berlin, Dresdener Str. 124/1 am Kolonnen Tor.

Schafwolle

Rinderhüte bis 900 M., Ziegenfelle 100 bis 200 M., Metallbälle Tagespreis, Rohhaar 30 bis 40 M., Matratzenhaar 10 M., Gr. Kanarienvogel 15 M., Strumpfwolle 30 bis 35 M., Zauselwolle, Gummi, Säckel, Kunstprodukte, Lager, Münzstr. 8, Denn Sonnabend geschlossen, Sonntag von 9-11 geöffnet.

Münzen, Briefmarken kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 106/21.

Kupfer :: Messing Quecksilber 150.-

Blei :: Zink um höchsten Tagespreis Schulzendorfer Str. 2.

Platin-Zahngelüste, Zahn bis 75 Mark. Goldbruch und Silberbruch! Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stannol! Zink! Blei! Flaschen! Schmelz! Glühbirnen! M. 100,- alle Metalle höchstzahlend.

Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 - Alex. 4243.

Metallankaufsstelle Osten

Andreasstr. 33, - vis-a-vis der Markthalle - Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Nur kein Neid!

Kupfer • Messing • Reinzinn • Blei Alt-Zinngeschirre, Biergeschirre, Quecksilber kauft zu allerhöchsten Tagespreisen

Heinrichsmelze Prinzessinnenstr. 17 geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Zinn u. Blei

wie alle Altmetalle kauft zu höchsten Preisen

Metallschmelzwerke Waldemarstraße 74 Tel. Moritzplatz 9955

Ver für Altmetalle den höchsten Preis erzielen will, gehe zum Metalleinkauf Dresdener Straße 11.

Die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Eisen usw.

Metallankauf Norden, Prenzlauer Str. 2/4 Ecke Schivelbeiner Str.

Plasigo-Ankauf

zahlt horrenden Preise für Kupfer, Silberbruch, Goldbruch

Luthersstraße 31, Ecke Schivelbeiner Str.

Achtung! Ankauf!

Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium sowie Zinn, Aluminium zahlte die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeuge sich

1 Oderberger Str. 1 im Hof (an der Schönhauser Allee).

An Alle!!!

Kupferleitungen, Elektromotoren, Kupferbleche, Isolierröhren, sowie sämtliche Installationsmaterialien kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Meigners, Alexandersir. 30. Telefon: Alexander 2174.

Altbekannt

Ist, daß die Alt-Metallhandlung Franz Stingl, Alte Jakobstraße 69, für sämtliche Metalle die höchsten Preise zahlt.

Achtung! Metalle! Aufheben!

Zahle für Kupfer, Messing, Blei, Zinn usw. mehr wie Konkurrenz. 3 Ankaufstellen: Klempnerel Weißburger Straße 11, Kastanienallee 85, Köpenicker Straße 121a.

Kupfer :: Messing :: Blei Zink :: Alt-Eisen

Felle • Flaschen • Lumpen Zahle die höchsten Tagespreise. Fritz Behrens, Blumenstr. 71, Ecke Markusstraße, Keller.

Reinzinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Aluminium, Nickel, Weißmetall, Alzinngeschirr

kauft zu den höchsten Tagespreisen Metallschmelze Mariannenstraße 24, an der Kolonnenbrücke, Telefon: Moritzplatz 10655 (Nebenschluß). Größere Posten werden abgeholt. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.

Goldbruch 40, Silberbruch 1.30

Platin - Zähne - Brillanten Schmucksachen usw. kauft Edelmetallschmelze E. Kresche Neukölln, Prinz-Handlery-Straße 69

Alte Gebisse

auch zerbrochene bis 3000 Mark, Zahn 19,-, 25,- bis 50 Mark Kein Zahn unter 10,- Mk., (Platzlangzeit) wo die Echtheit festgestellt ist. Knochentischzähne 9 Mark. Platin-Brennstifte zu höchsten Tagespreisen, Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig, Oranienburger Straße 38, hochp., zwischen Artillerie- und Friedrichstraße, Einkauf von 9-6 Uhr. • Norden 16304.

Die Zahneinkaufsstelle

Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. H., an der Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg) kauft täglich von 9-1 und 2-6 Uhr zu höchsten Preisen

alte Gebisse

Pro Zahn nicht unter 15-20 M., Silbierzähne bis 200 M., Knochentische die Hälfte, - Brandmalerei-Stifte nach Gewicht (Gramm 300 Mark).

Augen auf!

Für reiche Felle aller Art sowie Schafwolle zahlt Konkurrenzpreise Wolf, Poggendorfstr. 81, Alex. 4611.

Stoffe, Futtersachen,

Sorge für 100 Mark, Garn, Seide, kauft Schmelzgeschäft, Neuköllnstr. 83, Laden.

Kupfer Messing Zinn

Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold-, Silber-, Abfälle Zahngelüste kauft zu riesig hohen Preisen

in unsren 6 Einkaufsteilen Metall-Zentrale

1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz

2. Fennstraße 48 am Weddingplatz

3. Beusselstr. 29 nahe der Turmstraße

4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof

5. Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 229 nahe Hermannstr.

6. Weldenweg 72 am Baltenplatz.

Wir kaufen KUPFER

Blei, Zink, Messing, Stannol, Zinnfelle, Quecksilber, Aluminium, Collaloid, Metallabfälle

Malle, Schrott und Schmelz

PETERS, Prenzl. Str. 24

MÖBUS, Waldstraße 3

G. ERMEL, Kaiserstr. 17

DEGENER, Schönbergstr. 66

H. A. SE, Skalitzstr. 95a

Ecke Lausitzer Platz

Gewicht

Altmetalle

Lampen, Papier u. Eisen kauft ständig zu den höchsten Tagespreisen

H. Sammelsohn, BERLIN SO 26, Naunynstraße 38 an der Oranienbrücke, Amt Moritzplatz 4570

Maschinen - Gußbruch bis 130.- M.

Alt-Eisen und alle anderen Metalle entsprechend Preis. Kupfer 24.50 kauft ständig

Kamrath, O. 112, Crossener Straße 30-31, Fernruf Köpenick 3194

Metalle

Kupfer, Rotg., Blei, Messing, Zinn, Zinn, Lagermetalle usw. kauft zu außerordentlich hohen Tagespreisen

Zuckermann, Elsenauer Straße 9, vorn II. Norden 1461.

MAXE-HALT!!

von alle Richtung Kupfer [in] Messing Blei [in] Zink

Zahle die höchsten Preise nur

Schrager, Simeonstr. 23 Ecke Alte Jakobstraße Alexandrinenstr.

Alt-Metalle

zahle noch immer für Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Quecksilber

auch für sämtliche Metalle die höchsten Tagespreise

Metall-Ankaufstelle Lothringstr. 23, Eingang Lagerhäuser Str.

Trotz Preisschwäche zahle:

Kupfer p. kg 19 bis 20 Mk. Rotg. p. kg 18 bis 19 Mk. Messing p. kg 16 bis 17 Mk. Blei p. kg 7 bis 7,50 Mk. Zink p. kg 6 bis 6,50 Mk.

Tasche, Belfo-Allianzstraße 93, 1. Angerbockstraße 4, 1. u. 2. Ober, Wilhelmsd., Hoheuhardstr. 16 a.

Kupfer

Messing, Blei, Rotg., Zinn, Zink, Quecksilber kauft zu höchsten Tagespreisen

Metallankauf Lothringstr. 89/90, Lehnstation erheben.

Quecksilber Goldsachen

Prager, Hiltnerstr. 15, 4. Ekt.

Altmetalle

Gold- und Silberbruch sowie Zahngelüste kauft höchstzahlend

F. Lietsche, Prenzlauer Str. 9, am Schlegel, Bahnhof.

Altmetall

Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den höchsten Tagespreisen

Schlosserei NIEMANN, Stallschreiberstr. 55, Hal, Keller, am Moritzpl. Auf Hausnummer achten.

Quecksilber Kupfer Messing Blei Zink

Metallankauf Neue Königstr. 59, Hof r. Am Alexanderplatz Größ. Posten werden abgeholt.

Goldbruch Silberbruch Kupfer Messing Blei Zinn

kauft zu höchsten Tagespreisen

Silberzentrale Goltzkowskystr. 13

Geöffnet von 9-6 Uhr.

Quecksilber Kupfer Messing Blei Zink

Zahle die höchsten Tagespreise.

Metallankauf Neue Jakobstraße 20 Kommandantenstr. 77-78

Fernruf: Zentrum 3705 Größ. Posten werden abgeholt.

Lumpen, Eisen, Metalle, Schafwolle und Strickwolle

kauft höchstzahlend Korn, Blumenstr. 48. Karte sendet.

Metall-Ankauf

Stallschreiberstr. 50/51 kauft für Quecksilber 145-150 M.

Kupfer Messing Blei Zink Zahle die höchsten Preise.

Geöffnet von 9-6 Uhr.

Kupferleitungen, Motore, Dynamodracht

kauft zu Höchstpreisen Elektrobureau, Lange Str. 27, 1. Treppen, nicht Keller, Alexander 3950.

Schnellbohrer, neue, jeden Posten

bis 200 % Naturstahl, Holzschrauben kauft Friedrich Morgenstern nur Lichtenberg, Weichselstr. 15, Alex. 1260.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren

kauft Borgwardt, Prinzessinnenstr. 61, Moritzplatz 3263.

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schilling Berlin W 8, Linkstr. 18. Tel.: Lützow 3705 und 6513

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel - Litzen, Dynamodrähte u. Motoren

kauft höchstzahlend Silbermann, Neue Königstr. 32, Fernruf: Alex. 2118.

Zahngelüste

pro Zahn 15-20 M. (Zahnbühl) Gold- u. Silberbruch Bestecke u. Platin Zahle über Tagespreise Felwel, Neue Königstr. 38 v. III

FEDER

1 Brunnenstraße 1 Frankfurter Allee 250 Kolonnenbaum 103 Charlottenburg, Schlegelstr.

Elegante Herren- und Damen-Kleidung

Einsegnungsanzüge Einsegnungskleider in größter Auswahl zu noch billigen Preisen

Schreibmaschinen,

gute Systeme, sofort zu kaufen gesucht. Gebr. Weinitzschke, Seydelstraße 3, Telefon: Zentrum 1595.

Stauinselfe,

Gold-, Silber- u. Stahlfelle, Stahlfelle kauft zu höchsten Tagespreisen, jedes Quantum

Robert Kundi, Müllerstr. 7, 1. Treppen, direkt am Weddingplatz.

MOBEL

Pianos, Teppiche, Gardinen kauft am Privat-hand Nicolai, Bärgeldstraße 43.

Möbel gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnsinniger, Schlafzimmern, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke, Große Rückstühle, Gestante Möbel können kostenlos liefern, Kriegsanleihe nehme in Zahlung, Landwehr, Müllerstr. 7, 1. Treppen, direkt am Weddingplatz.

Möbeleinkauf!

Gebrauchte Möbel, ganze Wirtschaften, Teppiche usw. höchstzahlend kauft Hultenstr. 6, Laden. Monat 3057.

Augen auf!

Alle Gebisse erreichen heute einen Wert bis zu 3000 Mark für einen gewöhnlichen Zahn, wenn Echtheit festgestellt, zahlen wir M. 20 bis M. 60. Knochentischzähne M. 9. Hirschknochen bis zu 400 M.

1. Einkaufsstelle Straßburger Str. 24, 1. Tr. am Straßburger Platz, Bahn: 1, 2, 3, 4, 70, 71, 68, 10.

2. Einkaufsstelle Wangelstr. 44 in Zigarrenladen, Bahnverbindung z. Schles. Tor und Hochbahn.

3. Einkaufsstelle Grätzstr. 9, Butterladen an der Wusener Brücke, Bahnverbindung z. amts & Halske, Treptow, sowie Südliche Bahn. Einkauf täglich von 8 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Carbid Benzol

Registrier-Ladenkasse, elektr. Lampen verkauft Ostermai, Chausseestraße 26.

Mein Gnarrausfall hat vollkommen aufgehört

Alle haben schon mit mir Erfahrung gemacht und das meine Haut hat ganz blass. Ich bin 40 von Ihrem Gnarrausfaller und nach kurzem Gebrauch zeigt sich neuer Glanz. Ich gratuliere dem Wundermittel, das ich von Ihnen gekauft habe. Ich habe es sofort in Gebrauch genommen. Ich gratuliere dem Wundermittel, das ich von Ihnen gekauft habe. Ich habe es sofort in Gebrauch genommen.

Herrenstoffe, Isalch Neuland, P. Stolzenwald SW 19, Heilstr. 18 am Scharnmarkt.